

Wiesbaden, 24. Aug. 2007

Dr. Hermann Scheer (SPD-Zukunftsteam): Die Windkraftablehnung der hessischen CDU ist irrational und gefährdet die ökologische, wirtschaftliche und kommunale Zukunftsfähigkeit Hessens

Auf der heutigen Pressekonferenz in Wiesbaden erklärte Dr. Hermann Scheer, Vorsitzender des Weltrates für Erneuerbare Energien und Mitglied im Zukunftsteam von Andrea Ypsilanti für Wirtschaft und Umwelt:

„Die anhaltende Kampagne der hessischen CDU gegenüber Windkraftanlagen („Windenergiewahn“, „Monster“) ist einer großen Volkspartei unwürdig. Der Versuch, Windkraftanlagen mit unhaltbaren Behauptungen zum Bürgerschreck hochzustilisieren, vergiftet nicht nur das politische Klima in Hessen, sondern gefährdet auch den aktiven Klima- und Umweltschutz und behindert die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Hessens – mit besonders negativen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft, den wirtschaftlichen Mittelstand und die kommunale Entwicklung. Die Kampagne hat unverkennbar irrationale Züge, mit der sich die hessische CDU auch innerhalb der Bundes-CDU zunehmend isoliert (siehe Anlage 4). Sie hat jetzt schon dazu beigetragen, das Hessen in der Nutzung erneuerbarer Energien weit hinter anderen – auch anderen CDU-regierten – Bundesländern hinterherhinkt. Ohne Windkraftanlagen ist weder das gestern von der Bundesregierung bekräftigte Ausbauziel von 25 Prozent Anteil erneuerbarer Energien an der deutschen Stromerzeugung bis 2020 erreichbar, geschweige denn das von Bundeskanzlerin Merkel durchgesetzte EU-Ziel von 20 Prozent erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieversorgung.

Das Versprechen der Hessischen Landesregierung, stattdessen auf Bioenergie zu setzen, ist kein Ausgleich für den Versuch, die Nutzung der Windenergie aus Hessen faktisch auszuschließen – abgesehen davon, dass Hessen auch bei der Bioenergie zu den Schlusslichtern unter den Bundesländern zählt.

Die CDU Hessen verabschiedet sich damit aus der Diskussion über die wichtigsten Zukunftstechnologien. Während die Landesregierung unfähig war, der weiteren Landschaftsversiegelung und damit –Verschandelung Einhalt zu gebieten und weiterhin auf Atomkraft und fossile Großkraftwerke setzt, gebärdet sie sich gegenüber Windkraft als Landschaftsschutz-Fundamentalistin – auch gegenüber den großen Umwelt- und Naturschutzverbänden, die den Ausbau der Windkraft einhellig befürworten (siehe Anlage 5).

Der hessischen CDU ist dringend geraten, ihre Einstellung zur Windkraft zu überdenken und die Diskussion zu versachlichen. Sie wird ihre Positionen nicht durchhalten können!

1. Die Absage der Hessen-CDU an eine Schlüsseltechnologie für den Klimaschutz.

Der im Mai vorgestellte dritte Bericht des Weltklimarates bezeichnet die Windenergie als eine der Schlüsseltechnologien für den Klimaschutz. Umso fataler ist die diesbezügliche Bilanz der CDU-Landesregierung. Dies zeigt sich nicht nur daran, dass in Hessen im Jahr 2007 **als einziges unter allen Flächen-Bundesländern noch keine einzige neue Windkraftanlage installiert wurde!**

Während in Sachsen Anhalt bereits 36 % des Strombedarfs aus Windkraft hergestellt wird, in Mecklenburg-Vorpommern 35 %, in Schleswig-Holstein 33 %, in Niedersachsen 20 % und in Thüringen 10 %, sind es in Hessen **1,85 %**. Dies wird nur noch unterboten von Bayern (0,5 %) und Baden-Württemberg (0,46 %).

Ich frage Herrn Koch: Will er etwa seinem Parteifreund und Ministerpräsidenten Böhmer sagen, er habe die Landschaft seines Landes Sachsen-Anhalt „verschandelt“?

Will er seinem Parteifreund und Ministerpräsidenten Carstensen bescheinigen, wenn er dort auftreten sollte, dass dessen Ziel unverantwortlich sei, bis 2020 durch weiteren Ausbau der Windkraft dort mehr Strom zu erzeugen, als der schleswig-holsteinische Strombedarf ist? – und dass dies die Landschaft verschandele und die wirtschaftliche Zukunft Schleswig-Holsteins zunichte mache?

Fühlt sich Herr Koch von der Aussage seines Parteifreundes und Ministerpräsidenten Wulff angesprochen, dass „wir dumm wären, wenn wir die insbesondere bei der Windkraft gemachten Fortschritte nicht fortsetzen würden“. Hält Herr Koch alle diese Personen für „wahnhaft“?

Wie sehr ärgert er sich über die Aussage von Bundeskanzlerin Merkel, „dass wir uns doch gemeinsam darüber freuen“ sollen, „dass wir bei der Windenergie einen Weltmarktanteil von 60% haben“?

Würde die Position von Koch Allgemeingut der Energiepolitik, würde Deutschland seine weltweit führende Rolle in der Windkraftindustrie unverzüglich verlieren. Man kann nichts exportieren wollen, was öffentlich in enthemmtem Vokabular als „Windenergiewahn“ oder als „Monster“ dargestellt wird. Deutschland hat durch die Windkraftindustrie einen weltweiten Anteil an der diesbezüglichen Wertschöpfung von 36,6 % (5,6 Mrd. €). Die gesamte deutsche Windenergiebranche setzte im Jahr 2006 7,2 Mrd.€ um und beschäftigt 73.800 Arbeitskräfte – davon 45.500 allein bei der Installation, der Infrastrukturbereitstellung und für Service und Betrieb.

Will Herr Koch, dass das alles an Hessen vorbeigeht – und Hessen nur Importland für andernorts erzeugten Windstrom ist, unter Verzicht auf eine eigene Wertschöpfung? Will er den hessischen Kommunen weiterhin verwehren, mithilfe der Windkraft zu Gewerbesteuererträgen und sonstigen Gemeindeerträgen zu kommen?

2. Die hessische SPD steht hinter dem Programm „Neue Energie für Hessen“.

Es ist völlig unwahrscheinlich, dass alle CDU-Mitglieder und –Wähler in Hessen die Tiraden ihrer Repräsentanten gegen die Windkraft in Hessen teilen. Ein CDU-Landtagsabgeordneter ist einer der größten individuellen Windkraftbetreiber in Hessen. Selbstverständlich ist es auch unwahrscheinlich, dass ausnahmslos alle SPD-Mitglieder Hessens das Offensivprogramm von Andrea Ypsilanti befürworten. Entscheidend ist, was eine Partei beschließt.

Die hessische SPD steht hinter dem Programm, was sich auch auf dem kommenden Landesparteitag zeigen wird. Das gilt, entgegen anderweitigen Meldungen, auch und

gerade für die **SPD in Nordhessen**. Das belegt nicht nur der nahezu einstimmig gefasste Beschluss des nordhessischen SPD-Bezirksparteitages vom Juni 2006, auf dem ich das Hauptreferat hielt. In diesem heißt es: „Wir fordern die Landesregierung auf, keine Verhinderungspolitik für Windkraft im Wege der Regionalplanung zu betreiben. Die Planungsversammlungen sind aufgerufen, entgegen den Entwürfen der Landesregierung einen landschaftsverträglichen Ausbau der Windkraft zu ermöglichen“.

In Nordhessen liegen die beiden Landkreise mit der größten Anzahl installierter Windkraftanlagen (Waldeck-Frankenberg 100, Kassel 86). Diese 186 Anlagen machen allein 35% aller in Hessen installierten Windkraftanlagen aus. Der Landkreis Kassel hat damit einer Windkraftanlage pro durchschnittlich 13km² - das ist der höchste Windkraftanlagenbesatz Hessens. Hätten alle Landkreise Hessens eine ähnliche Ausbaurrate, so wäre damit das Ausbauprogramm der hessischen SPD bereits erfüllt – sofern diese Anlagen jeweils eine höhere Leistungskapazität hätten wie es jetzt schon Stand der Technik ist. Und im Landkreis Waldeck-Frankenberg gelten die 100 Anlagen als alternatives Ausflugsziel für Touristen.

Es gibt auch in der nordhessischen SPD eine Diskussion darüber, ob die Ausweisung von Vorranggebieten auf der Ebene der Regionalplanung oder auf kommunaler Ebene besser aufgehoben sei. Aufgrund der Methode der CDU, die Vorranggebiete in den Regionalplänen drastisch einzuschränken, alles andere zum definitiven Ausschlussgebiet zu machen, hat die SPD-Fraktion in der Regionalversammlung nunmehr beschlossen: „Im Hinblick auf die Planungshoheit der Kommunen soll der Regionalplanentwurf nochmals überprüft werden, damit dieser nicht gegenwärtigen oder künftigen Plänen von Kommunen entgegensteht, die diese in demokratischer Selbstverwaltung für den Ausbau erneuerbarer Energien erstellen“ (siehe Anlage 6). Dies entspricht der Linie des SPD-Programms „Neue Energie für Hessen“.

3. Der Missbrauch von Vorranggebieten in Regionalplänen zur Schürung von Windkraftprotesten auf der kommunalen Ebene durch die Landesregierung.

Auffallend ist, dass die Landesregierung mit den neuen Entwürfen der Regionalplanung nicht nur dazu übergegangen ist, alle Gebiete für die Windenergienutzung ausschließen zu wollen, die nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Mehr noch: In vielen Fällen hat sie dabei solche Gebiete zu Vorranggebieten erklärt, die offenkundig z. B. wegen nur geringer Windgeschwindigkeiten ungeeignet sind, so Proteste geradezu provozieren und die Windenergie unpopulär machen sollen, z. B. ein Vorranggebiet auf dem Verlauf des Weltkulturerbes Limes (siehe Anlage 1). Dies ist vor Ort auch schon als „windige Taktik“ deklariert worden, sodass selbst in offiziellen Vorranggebieten der Windkraftausbau an Bürgerprotesten scheitern soll.

Das Programm der Hessen-SPD sieht deshalb vor, die Entscheidung über Windkraftstandorte der kommunalen Selbstverwaltung zu überlassen, neben der Ausweisung von Vorranggebieten in der Landesplanung entlang ohnehin belasteter überörtlicher Autobahn- und ICE-Strecken. Die Bürger im Landkreis Fulda interessiert nicht, wie viel und wo Windkraftanlagen im Landkreis Bergstraße stehen – und umgekehrt. Es ist nicht einsehbar, warum eine Planungsbehörde im Regierungspräsidium eine größere Entscheidungskompetenz über Standorte haben soll als die Bürger einer Gemeinde und deren gewählte Vertreter.

Mit der Rückgabe der Entscheidungskompetenz auf die Ebene von Landkreisen und Kommunen besteht keineswegs die Gefahr eines „Wildwuchses“. Jede Gemeinde hat nach dem Bundesbaugesetz die Möglichkeit, auf ihrer Gemarkung eigene Vorrangflächen auszuweisen.

Mit der Entscheidung **für die kommunale Planungshoheit** statt für wenige regionale Vorranggebiete haben die Kommunen die Chance für regionale Wertschöpfung und

Einnahmensteigerung (siehe Anlage 3). Die Erfahrung zeigt, bestätigt durch Umfragen, dass die dadurch eingeleitete breitete Streuung von bis zu drei Windkraftanlagen eine deutlich größere allgemeine Akzeptanz findet als eine „Klumpung“ von bis zu 50 Anlagen in nur wenigen Vorranggebieten bzw. Gemeinden. Wenn durchschnittlich in jeder der über 400 Flächengemeinden bis zu drei Windkraftanlagen mit jeweils einer Leistungskapazität von 2,5 MW pro Anlage stünden, wäre das Ausbauziel der hessischen SPD bis 2013 bereits realisiert.

4. Windkraft entspricht dem überwiegenden Mehrheitswunsch.

Alle Umfragen bestätigen, dass Windkraftanlagen eine deutlich höhere Akzeptanz haben als andere sichtbare Bauwerke und Atom- und Kohlekraftwerke (siehe Anlage 2). Davon lenkt die CDU-Kampagne ab.

91% der Bevölkerung ist nach einer forsa-Umfrage für Wind. Je jünger die Menschen sind, umso mehr (86% der 18 – 30 jährigen gegenüber 51% bei den über 60 jährigen). Es geht dabei ja auch um die Zukunft der jüngeren Generation. Demgegenüber sind nur 25% klar für Atomkraft und nur noch 17% für Kohlekraftwerke.

Als störend für das Landschaftsbild gelten für 76 % Atom- und Kohlekraftwerke, für 59% Hochhäuser, für 44% Sendemasten, für 47 % Hochspannungsmasten und für 17 % Windkraftanlagen. In Hessen standen am Stichtag 30.06.2006 3.732 Sendemasten und nach Angaben von RWE und E.on 2.452 Höchst- und Hochspannungsmasten. Wahrscheinlich ist die Zahl deutlich höher, da es laut Bundesnetzagentur in Deutschland 196.000 Höchst- und Hochspannungsmasten gibt. Durch den von uns vorgesehenen Wechsel zur dezentralen Stromerzeugung einschließlich der Stilllegung der Biblisreaktoren werden mehr Höchst- und Hochspannungsmasten überflüssig als Windkraftanlagen erforderlich sind. Es verbleiben dann nur die Übertragungsleitungen, die für den interregionalen Spannungsausgleich erforderlich sind. Das bedeutet: Durch unseren Ansatz erreichen wir **Landschaftsgewinne**.

Im Übrigen zeigen sogar Umfragen von Tourismusinstituten, dass eine mancherorts befürchtete Beeinträchtigung des Tourismus durch Windkraftanlagen nicht festzustellen ist – eher sogar das Gegenteil möglich ist, zumindest wenn wir eine breite Streuung von Windkraftanlagen statt eine Klumpung in nur wenigen Vorranggebieten realisieren.“

www.hermannscheer.de

ANLAGE 1

„Windige Taktik“:

Beispiele gewollt ungeeigneter Standortvorschläge für Windkraft in der Regionalplanung

In den Entwürfen der Regionalpläne sind Vorranggebiete vorgesehen mit der Konzentration von Windenergieanlagen bei gleichzeitigem Ausschluss aller sonstigen Flächen im Regierungsbezirk.

Dieses Vorgehen ist aber mit vielen oder gar allen Kommunen nicht abgesprochen. Die ausgewiesenen Vorrangflächen sind aus unterschiedlichen Gründen häufig völlig ungeeignet und werden deshalb von den gemeindlichen Gremien abgelehnt, wobei festzuhalten ist, dass diese Ablehnung sich in fast allen Fällen nicht generell gegen die Windkraft richtet, sondern einzig gegen den konkreten Standort.

Beispiele in Südhessen:

- Gemarkung **Heidenrod** (Taunus). Auf dem Verlauf des Weltkulturerbes Limes und damit in der Nähe des Römerkastells Holzhausen/Haide sollen Anlagen entstehen. Bevölkerung und kommunale Gremien lehnen vorhersehbar ab.
- Gemarkung **Weilrod** (Taunus). Flächen im Naturpark Hochtaunus sind als Vorranggebiete für 50-60 WEA ausgewiesen. Bevölkerung und kommunale Gremien lehnen vorhersehbar ab. Doch diese Ablehnung ist nicht gegen die Windkraft gerichtet, was sich daran zeigt, dass in Heidenrod bereits 9 Windkraftanlagen stehen.

Dem Bad Camberger Bürgermeister Wolfgang Erk wird seine Ablehnung dieses Standortes als generelle Ablehnung der Windenergie ausgelegt. Tatsächlich wendet er sich jedoch explizit gegen die Planung der Landesregierung und nicht gegen diese Form der Energieerzeugung. Doch jeder Versuch, stattdessen Windkraftnutzungsflächen in eigener kommunaler Verantwortung auszuweisen, wird abgelehnt.

Zitat Bürgermeister Erk: „*Genau diese Planungsstrategie ist es, die verfolgt wird. Dies war auch der Grund, warum sich die Stadt Bad Camberg gegen den vorliegenden Regionalplan ausgesprochen hat. Es gibt keine nachvollziehbaren Kriterien für die Auswahl von Vorranggebieten.*“

- Beispiel **Ober-Klingen** bei Brensbach: Hier weist der Regionalplan Südhessen ausgerechnet in exponierter Waldlage ein Vorranggebiet für Windenergie aus.
- Beispiel **Groß-Umstadt**: In der Stadt stehen zwei Windkraftanlagen. Der Regionalplanentwurf weist zwar neue Flächen auf den Höhenzügen südöstlich Groß-Umstadts aus, was aber von der Gemeinde deshalb abgelehnt wird, weil diese Festlegung die Ausbaumöglichkeit für Windenergie zu sehr einschränkt.
- Beispiel **Bürstadt**: Die in der Kommune vom Regionalplan ausgewiesene Vorrangfläche ist der tiefste Punkt im Ried, also für Windkraftanlagen kaum geeignet. Der CDU-Landtagskandidat Bauer kritisiert u.a. deshalb den Regionalplan als „enormen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“.
- Beispiel **Niederglabach**: Ein Waldstück zwischen Bärstadt und Fischbach mit 180 Jahre alten Eichenbäumen wird als Vorranggebiet ausgewählt, das zudem fernab jeglicher Einspeisungsmöglichkeit ins Netz liegt. In der Gemeinde wurde das als „windige Taktik“ bewertet, einen für Investoren unattraktiven Standort als einzig zulässigen auszuweisen, um Windkraftanlagen generell zu verhindern.

- Beispiel **Reichelsheim (Odenwald)**: Die Gemeindevertretung beschloss bereits im Oktober 2003, auf dem Morsberg Windkraftanlagen zu installieren. Der Bauantrag wurde vom Regierungspräsidium abgelehnt. Im Regionalplan wird entgegen dieser Gemeindeplanung ein anderes Gebiet als Vorranggebiet ausgewiesen, was nun aber die Gemeinde ablehnt, weil wegen dafür dort notwendiger Rodungen wertvoller Baumbestand vernichtet würde.

Fazit:

Es ist offenkundig: Problematische Standorte, die Proteste geradezu provozieren, werden willkürlich ausgewählt. Durch diese Art der Auswahl von Vorranggebieten sollen Proteste gegen Windkraftanlagen geschürt werden, um diese als Bürgerschreck zu brandmarken.

ANLAGE 2

Die Mehrheitsakzeptanz von Windkraft

1. Allgemeine Akzeptanz:

Eine von der **ARD** beauftragte Umfrage (2006), durchgeführt von **infratest dimap** ergab auf die Frage: „Welche Energiequellen sollte Deutschland stärker nutzen?“ folgende Ergebnisse:

- Wind und Sonne 91%
- Atomkraft 25%
- Kohle 17%

Zur Frage „Welche Energiequellen sollte die Energieversorgung in Deutschland in den nächsten 20 bis 30 Jahren sichern?“ ermittelte das Meinungsforschungsinstitut **forsa**:

	Gesamt	Darunter 18 – 29 Jährige	Darunter 60 Jahre und älter
Sonnenenergie	85 %	86 %	79 %
Windenergie	81 %	85 %	51 %
Wasserkraftwerke	68 %	75 %	68 %
Biomasse	56 %	53 %	55 %
Erdgas	53 %	24 %	32 %
Atomkraft	24 %	19 %	36 %
Kohle	22 %	15 %	31 %

2. Umfrage über Störungen im Landschaftsbild durch bauliche Anlagen:

Eine Umfrage des **SOKO-Instituts** (2003) ergab, dass folgende bauliche Anlagen als Störungen im Landschaftsbild betrachtet werden (in Prozent der Angaben):

- Atom- oder Kohlekraftwerke 76 %
- Fabrikschornsteine 64 %
- Hochhäuser 59 %
- Autobahnen 56 %
- Sendemasten 44 %
- Hochspannungsleitungen 42 %
- Bahntrassen 37 %
- Windkraftanlagen 27 %

Befragt nach der Parteienpräferenz der Befragten ergaben sich folgende Resultate: 31 % FDP-Wähler empfinden Windkraftanlagen als störend, 30% der CDU-Wähler, 22 % der SPD-Wähler und 18 % der Grün-Wähler.

3. Windkraft und Tourismus

Das **Kieler Institut für Tourismus und Bäderforschung in Nordeuropa** hat im Jahr 2000 aufgrund von Befragungen von Touristen an Orten mit Windkraftanlagen in Schleswig-Holstein ermittelt: Ein kleiner Kreis von Touristen empfindet Windkraftanlagen als störend, überwiegend Personen mit positiver Haltung zu Atomkraft- und Kohlekraftwerken, im mittleren und höheren Alter und aus Großstädten. Einzelne Anlagen (bis zu drei) werden am wenigsten als störend empfunden. Auch die Personen mit ablehnenden Voten werden dort größtenteils Urlaub machen. Der deutlich größere Personenkreis empfindet Windkraftanlagen als touristische Anziehung. Das **Ostseeinstitut für Marketing, Verkehr und Tourismus der Universität Rostock** ermittelte 2005, dass Windkraftanlagen keine erkennbaren Auswirkungen auf den Tourismus haben.

ANLAGE 3

Windkraftanlagen und (kommunale Wertschöpfung)

- Die **Prognos AG** hat in einer Studie (2007) ermittelt, dass eine Windkraftanlage mit einer Kapazität von 1 MW im Laufe von 20 Jahren eine Gewerbesteuereinnahme für die Standardgemeinde von 100.000€ ergebe. Bei einer 2,5-MW-Anlage (heutiger neuer Einführungsstandard) sind das wegen 3-facher Produktionsleistung 300.000€.

Der überwiegende Teil der Betreiber sind sowohl bei Einzelanlagen wie bei Bürgerwindparks Landwirte (43 bzw. 47 %). Darüber hinaus stimulieren die Windkraftanlagen vor Ort weitere gewerbliche Tätigkeiten (u.a. andere Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien, Wartungsdienstleistungen, Umspannwerke).

- Die Gemeinde Ullrichstein, die die hessische Gemeinde mit den meisten Windkraftanlagen ist, hatte vor der Errichtung der ersten Anlage eine Gewerbesteuereinnahme unter 150.000€.

Mittlerweile stehen auf ihrer Gemarkung 33 Windkraftanlagen, davon 10 in städtischem Eigentum. Die dadurch erzeugten **zusätzlichen Gewerbesteuereinnahmen** liegen bei bis zu 230.000€.

Hinzu kommt ein jährlicher Überschuss aus den gemeindeeigenen Anlagen in Höhe von etwa 200.000€. Insgesamt hat die Gemeinde damit ihre kommunalen Einnahmen durch die Windkraftanlagen um jährlich über 400.000€ gesteigert. Damit hat sie ihre Investition für Abwasserreinigung und die Wasserversorgung finanziert und den Bürgern höhere Gebühren erspart.

ANLAGE 4

Meinungen führender CDU-Politiker zur Windkraft

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

„Freuen wir uns doch gemeinsam darüber, dass wir bei der Windenergie einen Weltmarktanteil von 60 Prozent haben.“
(Rede im Deutschen Bundestag, 1.3.2007)

„Die Dimension von Biogas, Biokraftstoffen und Windkraft darf nicht unterschätzt werden. Die Bundesregierung wird dafür sorgen, dass Deutschland auf diesem Gebiet führend bleibt.“
(Pressemitteilung Bundeskanzleramt, 18.1.2007)

Ministerpräsident Christian Wulff (Niedersachsen):

„Viele Landwirte haben sich nebenbei zu Energiewirten entwickelt, wodurch die ländlichen Räume strukturell gestärkt werden. Deshalb sollen die sich bietenden regionalwirtschaftlichen Chancen auf jeden Fall genutzt werden. Die Niedersächsische Landesregierung wäre schlecht beraten, wenn sie nicht alles täte, die Windenergie weiter voranzubringen.“
(Rede beim Dekra – Dialog, 1.12.2006)

„Wir müssen klarmachen, welcher positive Nutzen mit der Windkraft in all ihrer Breite verbunden ist.“

„Ein Hightech-Land wie Deutschland kommt nicht daran vorbei, eines Tages seinen kompletten Energiebedarf aus erneuerbaren Quellen zu decken.“

„Ich habe mich immer dafür stark gemacht, dass es für Einzelanlagen eine günstige Entscheidung geben sollte, und nicht nur bei großen Parks.“

„Wir wären dumm, wenn wir die insbesondere bei der Windkraft gemachten Fortschritte nicht fortsetzen würden.“
(Interview Zeitschrift „Neue Energie“, Nr. 1/2005)

Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (Schleswig-Holstein)

„Kein Anwohner von Windkraftanlagen hat künftig größere Beeinträchtigungen zu befürchten. Die Technik hat sich seit Mitte der Neunziger Jahre weiterentwickelt, sodass sich beispielsweise die Schall-Emissionen drastisch vermindert haben. Unsere Aufgabe ist es nur, die Rahmenbedingungen an die technische Entwicklung anzupassen.“

Anm.: Laut aktuellem Grünbuch der Landesregierung Schleswig-Holstein, dass unter der Federführung Austermanns vorgelegt wurde, will das Land im Jahre 2020 130 Prozent seines Strombedarfes aus erneuerbaren Energien erzeugen. Die Windkraft alleine stellt dort gegenwärtig 32 Prozent des Strombedarfes sicher.

Austermann fordert die Ausweisung von mehr Eignungsflächen.

Übertroffen wird das nur noch von Sachsen-Anhalt, wo bereits 35 Prozent des Strombedarfes aus Windkraftanlagen gedeckt werden.

ANLAGE 5

Offizielle Aussagen des **Deutschen Naturschutzbundes (DNR)**, dem Dachverband von **100 Natur- und Umweltschutzverbänden mit über 5 Mio. Mitgliedern gegenüber den meistgeäußerten Behauptungen von Windkraftgegnern:**

(siehe: DNR: Windkraft im Visier. 6 kritische Fragen, 6 ehrliche Antworten
<http://windkraft.dnr.de/index.php?id=47>)

Einwand: „Windräder ‚verspargeln‘ die Landschaft und verschandeln sie.“

Antwort: Windkraftanlagen sind technische Symbole einer nachhaltigen Energieversorgung. Wenn besonders naturnahe und außergewöhnlich schöne Landschaften ausgespart werden, beeinträchtigen sie die Umgebung nicht.

Einwand: „Windenergie ist zu teuer.“

Antwort: Berücksichtigt man die Folgekosten der fossilen Energieträger, so ist Windstrom schon heute billiger als konventionell erzeugter Strom.

Einwand: „Windkraft hilft dem Klima nicht und ersetzt keine Kraftwerke.“

Antwort: Windenergie ist für den Klimaschutz schon heute unverzichtbar und reduziert die Betriebszeiten konventioneller Kraftwerke.

Einwand: »Windräder töten und vertreiben Vögel.«

Antwort: Die Windenergienutzung stellt kein großes Problem für die Vogelwelt dar. Voraussetzung ist, dass bedeutende Vogelbrut-, Rast- sowie Feuchtgebiete freigehalten werden.

Einwand: „Windräder sind viel zu laut.“

Antwort: Bei ausreichenden Abständen zur Wohnbebauung geht von der Windenergienutzung keine Lärmbelästigung aus.

Einwand: „Schattenwurf, Infraschall und Disko-Effekt‘ machen krank.“

Antwort: Bei richtiger Planung geht von Windenergieanlagen keinerlei krank machende Wirkung aus.